Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2017-10-10

Dezernat: III / Fachdienst
Verkehrsmanagement
Bearbeiter/in: Herr Ludorf
Telefon: 5 45 25 49

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01202/2017

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr
Ausschuss für Finanzen
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Kostenspaltung für die Teileinrichtung "Beleuchtung" an diversen Erschließungsanlagen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt auf Grundlage des § 7 Abs. 3 Kommunalabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern (KAG M-V) in Verbindung mit § 6 der Ausbaubeitragssatzung der Landeshauptstadt Schwerin (ABS) die Erhebung von Straßenbaubeiträgen im Wege der Kostenspaltung für die Teileinrichtung „Beleuchtung“ an den Erschließungsanlagen:

1. Paulshöher Weg (vom Schleifmühlenweg bis zur Schloßgartenallee)
2. Schleifmühlenweg (von der Lennéstraße bis zum Paulshöher Weg)
3. Flensburger Straße

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

An o. g. Erschließungsanlagen wurden im Jahr 2013 die Beleuchtungseinrichtungen erneuert. Die baulichen Maßnahmen stellen Erneuerungen der Teileinrichtung Beleuchtung und damit beitragsfähige Ausbaumaßnahmen nach dem KAG M-V in Verbindung mit der ABS der Landeshauptstadt Schwerin dar.

Investitionen in den Ausbau der weiteren Teileinrichtungen, wie Fahrbahn, Entwässerung und die Geh- und Radwege, sind derzeit nicht geplant.

Gemäß § 7 Abs. 3 KAG M-V i. V. m. § 6 ABS können für selbstständig nutzbare Teile von öffentlichen Einrichtungen Teilbeiträge mittels Kostenspaltung erhoben werden.

Der Investitionsplan für das Jahr 2013 sah im Teilhaushalt 10 für die Straßenbeleuchtung Lennéstraße bei einer Investitionssumme von 112.000 Euro in 2015 Einzahlungen aus Beiträgen in Höhe von 33.600 Euro (Maßnahme-Nr. 5410113004) vor. In der Maßnahme sind auch der „Paulshöher Weg“ (Schleifmühlenweg bis Schloßgartenallee) und der „Schleifmühlenweg (von der Lennéstraße bis zum Paulshöher Weg)“ als selbständige Erschließungsanlagen im Sinne des Ausbaubeitragsrechts enthalten, für die sich nach derzeitigem Stand folgende Werte ergeben:

- Paulshöher Weg – Haupterschließungsstraße:
 - beitragsfähiger Aufwand: ca. 22.500 Euro
 - umlagefähiger Aufwand: ca. 14.700 Euro

- Schleifmühlenweg – Haupterschließungsstraße:
 - beitragsfähiger Aufwand: ca. 54.500 Euro
 - umlagefähiger Aufwand: ca. 35.400 Euro

Für die „Lennéstraße“, vom Schleifmühlenweg bis zum Franzosenweg, ergibt sich nach derzeitigem Stand ein umlagefähiger Ausbauaufwand in Höhe von 25.900 Euro, eine Abrechnung ist aufgrund offener Grunderwerbsfragen jedoch derzeit noch nicht möglich.

Für die Schleswiger Straße sah der Investitionsplan 2013 (Maßnahme-Nr. 5410113003) eine Investition in Höhe von 154.000 Euro und in 2015 Einzahlungen aus Beiträgen in Höhe von 48.300 Euro vor. Inbegriffen in dieser Maßnahme sind die Erschließungsanlagen „Schleswiger Straße“ und „Flensburger Straße“.

- Flensburger Straße – Anliegerstraße:
 - beitragsfähiger Aufwand: ca. 39.800 Euro
 - umlagefähiger Aufwand: ca. 29.900 Euro

Für die „Schleswiger Straße“ ergibt sich nach derzeitigem Stand ein umlagefähiger Ausbauaufwand in Höhe von 38.900 Euro, eine Abrechnung ist aufgrund offener Grunderwerbsfragen jedoch derzeit noch nicht möglich.

Eine Refinanzierung der genannten Maßnahmen ist nur möglich, sofern mittels Kostenspaltungsbeschluss die sachlichen Beitragspflichten für die einzelnen Maßnahmen entstehen.

2. Notwendigkeit

Ausschließlich durch Kostenspaltung können im Straßenausbaubeitragsrecht M-V Teileinrichtungen einer straßenbaulichen Maßnahme getrennt (endgültig) abgerechnet werden. Die im Wege der Kostenspaltung abzurechnenden Teileinrichtungen erstrecken sich über die gesamte Länge der o. g. öffentlichen Anlagen.

Durch die Abspaltung der Kosten der Teileinrichtung Beleuchtung entsteht mit der Beschlussfassung über die Kostenspaltung unwiderruflich die sachliche Beitragspflicht und somit überhaupt die rechtliche Voraussetzung zur Refinanzierung der Maßnahmen mittels Straßenausbaubeiträgen. Somit würde der entstandene Aufwand für die Erneuerung der Beleuchtungseinrichtung der o. g. Erschließungsanlagen auf die Eigentümerinnen und Eigentümer der bevorteilten Grundstücke umgelegt werden.

3. Alternativen

Sofern kein Beschluss über die Kostenspaltung gefasst wird, wären die Maßnahmen nicht refinanzierbar, da die sachlichen Beitragspflichten nicht entstehen. Ausbaubeiträge könnten sodann erst mit der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen in allen weiteren Teileinrichtungen (u. a. Fahrbahn, Geh- und Radweg) erhoben werden.

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

entfällt

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

entfällt

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

entfällt

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes (inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

Die Liquidität im Haushaltsjahr 2017 wird durch die Einzahlungen um die veranlagten Beiträge verbessert. Damit wird die Zwischenfinanzierung im Rahmen der durchgeführten straßenbaulichen Maßnahmen Lennéstraße (Maßnahme-Nr. 5410113004) und Schleswiger Straße (Maßnahme-Nr. 5410113003) ausgeglichen. Die Summe steht zur Deckung der Investitionen im Haushaltsjahr 2017 zur Verfügung. Die entstehenden Sonderposten werden den jeweiligen Vermögensgegenständen der o. g. Erschließungsanlagen zugeordnet und

führen zu jährlichen Erträgen aus der Auflösung der Sonderposten, die dem jährlich anfallenden Aufwand durch Abschreibung aus Abnutzung gegenüberstehen.

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte:
entfällt

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

keine

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister